

Meisterklasse: 250 – 475 Silben/Minute

- 250 Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu sprechen, die mit dem Vertrag von Maastricht im Jahre 1993 eingeführt wurde. Nach einigen einleitenden Bemerkungen möchte ich ausführlich auf die Notwendigkeit und die praktische Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingehen. Abschließend werde ich die Vorläufer der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erörtern. Meine Damen und Herren, für nahezu vierzig Jahre ist im Rahmen des europäischen Einigungswerks der bloße Ausdruck "gemeinsame Außenpolitik" tabu gewesen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben sich zwar bemüht, sich in wichtigen weltpolitischen Fragen aufeinander abzustimmen und akzeptiert, daß zwischen ihren nationalen diplomatischen Diensten Gespräche stattfanden, aber sie haben sich zu keinem Zeitpunkt in einem Vertrag eine gemeinsame Außenpolitik für die Europäische Union als Ziel gesetzt. Dies hat sich mit dem Vertrag von Maastricht grundlegend geändert. Seitdem kann die Europäische Union auf der internationalen Bühne auftreten und ihren Standpunkt zu allen Themen zum Ausdruck bringen. Mit dem Vertrag von Maastricht wird für die Europäische Union auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik eingeführt. Hier geht es um die Stärkung der äußeren Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie um die Wahrung von Sicherheit und Frieden auf internationaler Ebene. Die Europäische Union kann im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Ausfuhr und Nichtverbreitung von Waffen tätig werden. Der Vertrag über die Europäische Union eröffnet darüber hinaus die Perspektive einer gemeinsamen
- 1/4
- 1/2
- 3/4
1. Min.
-
- 275 nationale diplomatischen Diensten Gespräche stattfanden, aber sie haben sich zu keinem Zeitpunkt in einem Vertrag eine gemeinsame Außenpolitik für die Europäische Union als Ziel gesetzt. Dies hat sich mit dem Vertrag von Maastricht grundlegend geändert. Seitdem kann die Europäische Union auf der internationalen Bühne auftreten und ihren Standpunkt zu allen Themen zum Ausdruck bringen. Mit dem Vertrag von Maastricht wird für die Europäische Union auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik eingeführt. Hier geht es um die Stärkung der äußeren Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie um die Wahrung von Sicherheit und Frieden auf internationaler Ebene. Die Europäische Union kann im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Ausfuhr und Nichtverbreitung von Waffen tätig werden. Der Vertrag über die Europäische Union eröffnet darüber hinaus die Perspektive einer gemeinsamen
- 1/4
- 1/2
- 3/4
2. Min.
-
- 300 Verteidigung. Gegenwärtig gibt es allerdings keine gemeinsamen europäischen Streitkräfte. Zu der Zeit, als die Mitgliedstaaten den Vertrag von Maastricht aushandelten, haben zahlreiche Ereignisse das Gesicht Europas verändert. Dazu gehören die Überwindung des Ost-West-Konflikts, die Wiedervereinigung Deutschlands, der Zerfall Jugoslawiens und der Golfkrieg. In dieser Situation stellten sich die Mitgliedstaaten die Frage nach der Notwendigkeit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Meine Damen und Herren, ich bin
- 1/4
- 1/2

der Meinung, dass die Europäische Union als große Wirtschaftsmacht auch eine entsprechende politische Rolle in der Welt spielen muss. Seit den 50er Jahren haben die Europäischen Gemeinschaften starke wirtschaftliche Bindungen zwischen ihren Mitgliedstaaten und

3/4

mit anderen Staaten in der Welt aufgebaut. Auf die Fortschritte im wirtschaftlichen Bereich, nämlich die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes, die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und den Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen zu zahlreichen Regionen in der Welt,

3. Min.

325 folgte jedoch keine vergleichbare Entwicklung auf dem Gebiet der Außenpolitik. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten heute mehr als die Hälfte der finanziellen Mittel für die internationale Entwicklungshilfe und

1/4

die humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen. Dazu gehört nicht nur die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer und des Nahen Ostens, sondern auch die Hilfe für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie für den Wiederaufbau in Bosnien-Herzogo-

1/2

wina. Neben diesen umfangreichen finanziellen Leistungen muss aber auch die politische Unterstützung für diese Staaten erwähnt werden. Aus diesem Grunde muss die Europäische Union mit einer Stimme sprechen und einen einheitlichen politischen Willen bekunden können. In

3/4

diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die 15 Mitgliedstaaten zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit, zur Sicherung des Weltfriedens und zur Achtung der Menschenrechte einen bedeutsamen Beitrag leisten. Die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

4. Min.

350 hat selbstverständlich nicht bewirkt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten keine eigene Außenpolitik mehr führen. Dies ist im übrigen auch nicht ihr Ziel. Sie soll auch den Verteidigungssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht entgegenstehen. Aber die fünfzehn Mitgliedstaaten können sich in bestimmten internatio-

1/4

nalen Fragen miteinander verständigen. Sie haben die Möglichkeit, ihre Standpunkte aufeinander abzustimmen und auf diese Weise ihr Gewicht in der internationalen Politik zu erhöhen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird nicht auf die gleiche

1/2

Weise in die Praxis umgesetzt wie andere Gemeinschaftspolitiken, z. B. die Agrarpolitik. Aufgrund der Sensibilität der Fragen im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen ist mit dem Vertrag von Maastricht den Organen der Europäischen Union, in denen die Mitgliedstaaten

3/4

unmittelbar mitwirken, größeres Gewicht verliehen worden. Demgegenüber sind die Befugnisse der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofes eingeschränkt worden. Darüber hinaus zeichnet sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch spezielle

5. Min.

375 Rechtsakte aus. Herr Präsident, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nun einige Ausführungen über die Organe der Europäischen Union, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen. Der Europäische Rat vereinigt die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie den Präsidenten der

1/1

Europäischen Kommission. Er bestimmt die Grundsätze und Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Rat der Europäischen Union setzt sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten auf Ministerebene zusammen. Im Allgemeinen bilden ihn die Außenminister. Es ist Aufgabe des Rates der Europä-

1/2

ischen Union, gemeinsame Aktionen auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates sowie gemeinsame Standpunkte anzunehmen. In der Regel beschließt der Rat der Europäischen Union einstimmig. Im vergangenen Jahr hat der Rat der Europäischen Union den bisherigen Generalsekretär der

3/1

NATO zum Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Meine Damen und Herren, der Vorsitz in allen Gremien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wechselt halbjährlich unter den Mitgliedstaaten. Der Vorsitz vertritt die Europäische Union auf internationaler Ebene und ist

6. Min.

400 für die Durchführung der gemeinsamen Aktionen verantwortlich. Während dieser sechs Monate stimmt er seine Arbeit mit dem vorangegangenen und mit dem darauffolgenden Vorsitz ab. Auf diese Weise soll die Kontinuität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unter voller Einbeziehung der Europäischen Kommission gewährleistet werden.

1/1

Der Vorsitz wird bei seinen Aufgaben vom Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union unterstützt. Nach dem Vertrag über die Europäische Union wird die Kommission in vollem Umfang an den Arbeiten im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt. Diese Beteiligung ist unbedingt notwendig, wenn

1/2

die Abstimmung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit den Gemeinschaftspolitiken im Bereich der auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit gewährleistet werden soll. Die Europäische Kommission wirkt darüber hinaus in vollem Umfang an der Vertretung der Europäischen Union auf internationaler

3/1

Ebene und an der Durchführung gemeinsamer Aktionen mit. Wie der Vorsitz unterrichtet auch die Europäische Kommission das Europäische Parlament von den Entwicklungen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im

7. Min.

425 Geiste der gegenseitigen Solidarität zu unterstützen. Sie tragen dafür Sorge, dass ihre Außenpolitik mit den gemeinsamen Standpunkten im Einklang steht und beachten diese in internationalen Organisationen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichten sich, gemeinsame Aktionen mitzutragen. Ihre diplomatischen Vertre-

1/1

tungen im Ausland können die Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, die wichtigsten Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind gemeinsame Standpunkte und gemeinsame Aktionen. Darüber hinaus tritt die Europäische Union mit Erklärungen und über Kontakte zu

1/2

Drittstaaten sichtbar in Erscheinung. Der Rat der Europäischen Union kann einen gemeinsamen Standpunkt beschließen, womit in der Regel die Stellungnahme der Europäischen Union gegenüber einem Drittstaat oder auf einer internationalen Konferenz festgelegt wird. Die Mitgliedstaaten tragen in diesem Falle dafür Sorge, dass ihre eigene Außenpolitik im

3/4

Einklang mit dem gemeinsamen Standpunkt steht. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates kann der Rat der Europäischen Union "gemeinsame Aktionen" beschließen. Solche gemeinsamen Aktionen werden beispielsweise durchgeführt, um die Reformen in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu unterstützen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte

8. Min.

450 nun einige Bemerkungen über die Effizienz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den ersten fünf Jahren nach dem In-Kraft-treten des Vertrages von Maastricht machen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben mit dem Vertrag von Maastricht den politischen Willen bekundet, die europäische Zusammenarbeit um die Dimension der Außen- und Sicherheitspolitik

1/4

im Rahmen der Europäischen Union zu erweitern. Sie haben dies am 2. Oktober 1997 mit der Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam bestätigt. Allerdings erfüllt die politische Praxis nicht immer die mit der Einführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geweckten Erwartungen. In diesem Zusammenhang ist vor allen Dingen festzustellen, dass die

1/2

Bestimmung der gemeinsamen Interessen der fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht immer einfach ist. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schließt an frühere Erfahrungen an, und zwar insbesondere an die Europäische Politische Zusammenarbeit. Mit dem Vertrag über die Europäische Union sind ein Rahmen und Institutionen zur Durchführung der

3/4

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen worden. Darüber hinaus kommt der Abstimmung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit anderen Gemeinschaftspolitiken eine große Bedeutung zu. Die auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit gehören zu diesen Gemeinschaftspolitiken. Herr Präsident, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend

9. Min.

475 noch einige kurze Bemerkungen zur historischen Entwicklung der europäischen Integration. Während des Kalten Krieg beabsichtigten die Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Verteidigungspolitik auszudehnen. Zu diesem Zweck wurde die Gründung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ins Auge gefasst. Allerdings scheiterte

1/4

dieses Projekt im Jahre 1954 am Widerstand des französischen Parlaments. Drei Jahre nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, die in erster Linie wirtschaftlich ausgerichtet sind, kam auf Anregung des Französischen Präsidenten der Wille auf, die politische Integration Europas in Angriff zu nehmen. Allerdings führten auch diese Initi-

1/2

ativen nicht zum Erfolg. Erst im Jahre 1970 begann mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit eine gemeinsame Außenpolitik. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte, mit der die Europäischen Gemeinschaften 1986 reformiert und das Ziel der Schaffung Einheitlichen Europäischen Binnenmarktes bis zum Jahr 1992 festgelegt

3/4

wurde, konnte auch die Außenpolitik in die europäische Zusammenarbeit einbezogen werden. Der endgültige Durchbruch gelang erst mit der Einführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Vertrag von Maastricht. Die im Rahmen dieses Abkommens vereinbarte Zusammenarbeit wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam im Jahre 1997 erheblich intensiviert.

10. Min

Beginn der vierten Minute: "... folgte jedoch keine ... "

Übertragungszeit: 240 Minuten